

Soziale Bildung des Rückhalts – lebensweltliche Einbindung, Ermutigung und Ermächtigung junger Menschen

Vortrag von Prof. Dr. Stephan Maykus auf dem proRespekt-Fachtag „Meine Schule – mein Block: demokratische Lernorte und gewaltfreie Lebenswelten“ am 22.06.2023 in Berlin

Schule als sicherer Lern- und Lebensort – dieses zunehmend verbreitete Leitbild drückt zugleich einen Anspruch an die Gestaltung dieses pädagogischen Ortes und eine Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen aus: Schule scheint bisher nicht vollends sicher zu sein für die jungen Menschen und dass sie es sein soll, muss mit ihren Lebensverhältnissen, mit gesellschaftlichen Einflüssen und Krisen der Zeit zu tun haben. So wird ein pädagogischer Ort zum Symbolbild eines anderen, kind- und jugendorientierten Lernens und Aufwachsens, einer Belebung einer veränderten Pädagogik, Bildung und Förderung junger Menschen und auch zu einem Sinnbild für erstrebenswerte Arbeitsbündnisse der Erwachsenen, die sich hierfür einsetzen sollten. Wenn ich an Schule als sicheren Ort denke, kommt mir zunächst die aktuelle Debatte um safer spaces in den Sinn, die vor allem Räume der Vorbeugung, Verarbeitung und der Bewältigung von Erfahrungen der Diskriminierung bieten sollen. Eine sichere Schule ist dann am Schutz als problemabweisende Vorbeugung orientiert und daran, Räume der Gegenseitigkeit, der Unterstützung und der Erfahrung in vertrauten Gruppen zu ermöglichen. Heute möchte ich einen Schritt darüber hinaus gehen und zeigen, dass *safer spaces immer auch durch public spaces ergänzt, ja geradezu im Einklang verstanden sein sollten, damit letztere die demokratische Ermächtigung junger Menschen fördern*. Abwehr von Gefährdungen und Anrechte auf Lebensentfaltung bilden dann eine Einheit. Ein Blick auf aktuelle Praxisanforderungen kommunaler Kinder- und Jugendbildung bestätigt aus meiner Sicht diesen Einklang aus Schutz und Ermächtigung, denn sie vereinen die Aspekte der Sozialraumorientierung, der Kooperation, der Prävention und der Kontaktgestaltung mit jungen Menschen und Familien, die vor allem auf eine intensivere Beteiligung zielt. Die Vorbeugung von Gewalt oder Schuldistanz etwa, die sichere Gestaltung von Schulwegen, die Einbeziehung von Eltern und die Schaffung von sicheren Orten in der Schule sind daher heute Themen – allesamt in Verbindung mit der Sozialraumkooperation als Mittel und Voraussetzung hierfür verstanden. Dennoch: *Der Sozialraum ist im Kontext des Themenfeldes Sicherheit zugleich Problem und Lösung*, denn er kann sowohl für lokalisierte, diskriminierende, öffentlich zugeschriebene Bilder des Unsicheren stehen, als auch für mehr Nähe und Sensibilität den Menschen gegenüber, für kleinräumig wirksame Konzepte, Netzwerke und eine partizipative Alltagsorganisation von Bildung, Hilfe sowie Schutz, die deshalb auch mehr Akzeptanz bei den jungen Menschen und Familien haben. *Und die gleiche Ambivalenz zeichnet letztlich auch Kooperation aus* zwischen interprofessioneller Synergie und Konzentration der fachlichen Stärken in Arbeitsbündnissen sowie damit einhergehenden Überforderungen, unzureichenden Rahmenbedingungen und andauernden Problemen in der Zusammenarbeit verschiedener Professionen mit ihren Erfahrungen, Methoden und Arbeitsweisen sowie pädagogischen Selbstverständnissen. Mir geht es an dieser Stelle darum, die Potentiale der Sozialraumkooperation näher auszuleuchten, vor dem Hintergrund der Fachdebatten und (eigener) Forschungserkenntnisse hinsichtlich umsetzbarer Strategien zu bestimmen und so einen Weg aufzuzeigen, wie wir aus den bisherigen Erfahrungen lernen, den großen Zielvorstellungen sozialräumlich vernetzter Bildung konkretes Handeln folgen lassen und schließlich eine klare fachliche Ausrichtung dessen als verbindende Orientierung nutzen können. Dabei möchte ich ein durchgängiges Bild zeichnen und schrittweise im Verlaufe des Vortrags untermauern: *Ich verstehe Stadtteile und Quartiere – die übergreifenden sozialräumlichen Einheiten in Berlin etwa – als junge Bildungs- und Beteiligungsräume*. Und Beteiligung verbinde ich vor diesem Hintergrund mit einem konsequenten *Anspruch der sozialpädagogischen Demokratiebildung*, die mehr ist als Abfragen von Meinungen und eine situative, von den Erwachsenen nach Wohlwollen zugestandene

Äußerung von Bedürfnissen. Sie ist nach meinem Verständnis vielmehr ein *Erkennen, Spiegeln, Beraten und Beschließen sowie öffentliches Kommunizieren in Strukturen, die selbst demokratisch verfasst sind und den jungen Menschen in den pädagogischen Institutionen sowie im Stadtteil Anrechte, Verfahren und Verständigung zusichern*. Ein zugegeben anspruchsvolles Ziel und ein die Fachkräfte forderndes Bild der pädagogischen Praxis in den kommunalen Institutionen, öffentlichen Räumen des Stadtteils und zivilgesellschaftlicher, sozialer Verantwortung für gelingende Bildungsbedingungen in unserer geteilten Lebenswelt. Es ist jedoch ein Anspruch, für den die Zeit reif ist, der die Ambivalenzen der Sozialraumorientierung und der interprofessionellen Kooperation – nicht nur auf Schule und Kinder- und Jugendhilfe bezogen – mindern, gar auflösen und beidem eine neue Gestalt verleihen kann als *demokratiebildende und ermächtigende Sozialraumkooperation*.

Zunächst steht die Frage im Mittelpunkt, warum wir uns aktuell eigentlich der Diskussion um (Un-)Sicherheit in pädagogischen Arbeitsfeldern widmen und was dies für den Anteil genau dieser Institutionen – wie etwa Schulen, Jugendhäuser und Jugendverbände oder die der Gemeinwesenarbeit – konkret bedeutet. Danach möchte ich der Vermeidung von Unsicherheit (als vermeintlich erreichter Sicherheit) den Gedanken einer Pädagogik der Unverfügbarkeit entgegenstellen, die Offenheit, Unkalkulierbarkeit und Bewältigungsanforderungen als grundlegende Merkmale von Bildung hervorhebt. Im Ergebnis wird eine Bildung zur Empathie, der Verständigung, Ermutigung und der gemeinschaftlichen Einbindung sichtbar, die ich am Ende meines Vortrages als kommunale Bildung in der Demokratie verdeutlichen möchte. Anerkennung des Unterschiedlichen als Anreiz für die gemeinsame Bestimmung des Verbindenden in einer geteilten, wertvoll (also als geteilten Wert) erscheinenden und Verantwortung auslösenden Lebenswelt – das ist der Leitgedanke, der bereits in jungen Jahren gefestigt werden, zum Kernauftrag der pädagogischen Fachkräfte und ihrer Institutionen werden und sich vor allem durch ihr Zusammenwirken im Sozialraum entfalten kann (vgl. Maykus 2023). Der Appell an eine sozialräumlich verankerte Schule als sicherer Lern- und Lebensort stünde für einen Appell an die demokratische Gesellschaftsbildung permanenter Suche und Bewertung der je besten Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, was Arno Geiger in seinem Buch „Das glückliche Geheimnis“ so beschrieben hat (2023, S. 231): „Der Zustand der Welt animiert nicht zur Sorglosigkeit. Die Spätfolgen unseres Handelns, das sagt schon das Wort, treten erst später ein, die schlimmsten Spätfolgen, wenn wir schon abgetreten sind. Aber klar ist schon heute: Wir haben einen hohen Output an Spätfolgen. Und wenn die Produktion solcher Spätfolgen Teil unserer Wertegemeinschaft ist, sollten wir diese Werte hinterfragen.“ *Wie können wir dieses Hinterfragen, die Verständigung und Gegenseitigkeit, die Sensibilität gegenüber den jungen Bildungswelten im Stadtteil erhöhen und dies nicht als Störfaktoren, sondern als Güte pädagogischer Praxis in den Sozialräumen verstehen, um auf diese Weise einer sozialen Bildung des Rückhalts den notwendigen Raum zu eröffnen?*

Angesichts dieser Frage gilt es meines Erachtens, die Erklärung und Begründung von Demokratiebildung junger Menschen zu erneuern und an dem gesellschaftlichen Bedarf auszurichten. Die Aufmerksamkeit dafür gäbe es dann nicht bei einem Problemdruck und dem Ansinnen einer Durchsetzung von abstrakten Werten, die als Norm formuliert werden, sondern im Falle eines Entwicklungsdrucks, einer Vermittlung von Erfahrungen, Erlebnissen und Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit: Das eigene Leben als das gemeinsame Leben im Nahraum wird als gestaltbar erlebt, als ein sozialer Rahmen und Raum, mit dem die Menschen in Resonanz stehen, sich wiedererkennen, Wirkungen erkennen und Zutrauen in ihr Können gewinnen. Demokratiebildung ist dann Erfahrung von Partizipation in demokratischen Strukturen der Kommune, die auch in pädagogischen Institutionen und Teil des pädagogischen Auftrags dort sind. Das gemeinsame Band entstünde und erhielte durch Netzwerke eine organisatorische Absicherung im fortlaufenden Austausch, der kreativen Ideenfindung und gegenseitigen Unterstützung. Eine vielfältige kommunale Demokratie geht von der Annahme aus, dass Gesellschaftlichkeit Räume ihrer Entfaltung benötigt, in denen Menschen politische

Wirksamkeit, also die Äußerung und Vertretung ihrer Interessen erfahren können. Die Kommune ist ein solcher Raum, in dem die gleichwertige Präsenz der Menschen zur Geltung kommen kann, die Möglichkeit des Einspruchs, der Kommunikation und Suche nach der Lösung dort gegebener Probleme. Menschen erweitern auf diese Weise ihre Erfahrungen und gehen neue Wege, junge Menschen gehen eine Lebens-Bildung durch Erfahrung von Gesellschaftlichkeit ein, sie wird so gesehen zum Fundament ihrer Entwicklung. Eine lebensweltorientierte Pädagogik der Partizipation zielt genau darauf, gestaltet öffentliche Räume der Teilnahme und eröffnet Möglichkeiten des Ausdrucks von Themen, Zielen, Interessen Jugendlicher – Demokratie eben, die in ihrem repräsentativen Charakter (Parlamente) nachvollzogen und erfahren wird, sie sichert die Gestaltungskraft durch Anrechte und Strukturen, die auch Themen aus dem Gemeinwesen generieren für direktdemokratische Formen und auch bürgerschaftliches Engagement forcieren kann. Eine kommunal verankerte Jugendbeteiligung stärkt dialogische (deliberative) Formen der Demokratie und kann mit pädagogisch angeleiteten Erfahrungen dessen eine Basis je individueller Vergewisserungen über die Ordnung der Gesellschaft grundlegen. Verbreitet ist hingegen das Bild des Aktivierens junger Menschen, des Eine-Stimme-geben-wollens, des Hinhörens und Mitentscheidens. Was meint das aber genau und warum ist dann so oft vom Beteiligungsdilemma die Rede? Das läuft dann ja offenbar (schon länger) etwas schief? Nachwuchsprobleme im Jugendparlament, schwindende Motivation junger Menschen usw. Wie kann man anders als bisher auf diese Erfahrungen schauen? Das Dilemma hat zwei Gründe: Wenn Partizipation eine Phase, Projekt o.ä. ist, also keine überdauernde Erfahrung, kann sie nur an Energie verlieren; und wenn gelingende Partizipation vom Bild erwachsener Interessenvertretung abhängt, bleibt Jugendlichen kaum eine andere Wahl als die Abgrenzung. Das negative Jugendbild und Jugendbeteiligung befinden sich dann gemeinsam im Teufelskreis. Auswege? Ein Verständnis von Demokratie und Gesellschaft als Grundlage für pädagogische Konzepte nehmen; Partizipation nicht als Endpunkt, sondern als Teil eines demokratischen Prozesses verstehen, den es zu gestalten gilt; schließlich: diesen Prozess als deliberative Demokratie sehen und leben. Denn:

1. *Demokratiegefährdung* ist regelmäßig Anlass für die Beschäftigung mit der Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung und Reaktion auf ebenso unregelmäßige Auslöser dessen; selten aber ist von *Demokratienschutz bzw. -absicherung* die Rede, der man unabhängig von solchen Anlässen eine dauerhafte Bedeutung beimessen würde. Die Aufmerksamkeit, und das ist aus meiner Sicht ein gewichtiges Problem, wird daher auf Themen und vor allem auf Zielgruppen gelenkt, die für die Gefährdung ausgemacht werden. Das Ergebnis ist dann (ebenso regelmäßig) die Vorstellung einer besonderen Förderung, die die so definierten junge Menschen erhalten sollen – als ein Trainingskurs für die sie umgebende Demokratie, aus der sie rausgefallen scheinen. Erstes Ziel: *Die Aufmerksamkeit lenken auf Demokratie als Lebensform und somit auf demokratische Erfahrungen in den (es ab-)sichernden Lebenswelten der jungen Menschen – in denen die Anlässe, Themen, Ziele (Auslöser) bereits bestehen.*
2. *Prävention von verschiedenen Formen des Extremismus, partizipative Projekte in Schule oder Jugendhaus oder eine jugendgerechte Kommune sind allesamt in der Sache richtig, aber lediglich schwache Auslöser für die Förderung von Demokratie als Lebensform.* Halten wir an solchen Vorhaben allein fest, entsteht ein Problem fehlender Kontinuität, unklarer Aufmerksamkeit und des schwindenden Interesses daran. Es ist eben nicht ganz klar, wofür all das (wirklich) steht: Angebot im Ganztage? Kurs in der Projektwoche? Ferienaktivität? Oder, oder? Und es fehlt die Rückkoppelung an die Lebenswelten der jungen Menschen, denen die Möglichkeit gegeben wird, eigene Vorstellungen mit geltenden Regeln, Vorhaben, Abstimmungen stetig abzugleichen. Zweites Ziel: *Auslöser für die Lebensform Demokratie in der pädagogischen Praxis selbst erkennen, wahrnehmen und aktiv nutzen; je näher an den alltäglichen Situationen, Routinen, Gelegenheiten, desto mehr Bezüge und dialogische Situationen. Wir können diesen situativen Schatz alltäglicher Äußerungsweisen*

heben, ihn als Fundament, Teil und Motivation pädagogischer

Arbeit erkennen, ohne diese pädagogische Öffnung als Konkurrenz zu anderen Aufgaben zu befürchten (unterrichten, fördern, helfen, begleiten, erziehen...) - und daher junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung und Offenheit für gesellschaftliche Einbindungen des eigenen Lebens nachhaltig prägen. Auslöser ist dann Pädagogik selbst, Bildung nämlich: Demokratiebildung ist eine soziale Bildung und (Heraus-) Bildung des Sozialen. Daher ist sie auch Aufgabe jeglichen pädagogischen Handelns und unterschiedlichster Institutionen, Arbeitsfelder oder zivilgesellschaftlicher Gelegenheiten.

3. *Mit einer gelingenden Partizipation von jungen Menschen wird weithin das Bild einer kompetent ausgefüllten Partizipation verbunden, d.h. mit einem Bild eines bestimmten Vorgehens, Handelns und Umgehens - mit Ergebnissen, Konflikten oder Bedingungen, die allerdings nicht von den Kindern und Jugendlichen selbst beeinflusst werden. Wenn wir mit Partizipation dieses Bild verbinden, begegnet uns ein Schlüsselproblem: Junge Menschen müssen dann erst befähigt werden, bevor sie sich beteiligen (dürfen) - und das natürlich von Erwachsenen. Wir festigen auf diese Weise ein Nachrangprinzip (Interessen junger Menschen sind erst dann ernst zu nehmen, wenn sie auf eine Weise mitgeteilt werden, wie es vorher gelehrt und erlernt wurde); und wir fördern ein entsprechendes Bild von Kindern und Jugendlichen. Drittes Ziel: Alle jungen Menschen haben Interessen, unabhängig vom Alter und von qualifikatorisch gedachten Kompetenzen, sie sind alle von den Anlässen, Themen und Begegnungen in ihrer Lebenswelt betroffen (vgl. Richter 2022). Betroffenheit ist die Kompetenz der Demokratie und für sie. Institutionelle Verengungen dessen sollten vermieden werden, sie fördern ein Beteiligen als „Näher-dran-sein-wollen“, um die ohnehin feststehenden Ziele möglichst kinder- und jugendgerecht zu erreichen. Genau das ist aber nicht kinder- und jugendorientiert, wie es oben schon deutlich wurde.*

4. *Partizipation ist das Dauerthema in der pädagogischen Debatte, Demokratie aber nur abstrakter Hintergrund ohne genauere Klärung ihres Verhältnisses zur Pädagogik. Wir nähern uns aufgrund dieser Sachlage einem weiteren Schlüsselproblem, denn Partizipation kann es auch ohne Demokratie geben (und gab es auch schon immer). Und so passiert es dann, dass wir als Leitkonzepte der Beschäftigung damit Stufenleitern der Partizipation (o.ä. Gedanken an Qualitätsstufen) als Orientierungsrahmen unseres Handelns annehmen. Ich möchte es direkt zuspitzen: Wir sind also jahrelang Treppenstufen hoch und runter gelaufen, ohne uns auch nur annähernd mit dem Haus, dem Fundament oder gar dem Dach zu beschäftigen. Was heißt dann schon die oberste Stufe der oft sogenannten Selbstbestimmtheit? Es erinnert derlei offen doch eher an eine individuelle Lebenskompetenz (die freie Lebensführung), als an eine demokratische Erfahrung in gemeinschaftlicher Rückkoppelung. Viertes Ziel: Demokratie ist als Lebensform stets als deliberative Demokratie zu verstehen und zu praktizieren, in der jungen Menschen die Autor*innen- und Adressat*innenschaft ihrer Verständigung zukommt. Demokratie meint damit nicht nur eine Regierungsform, sondern bezieht sich auf alle Bereiche der Lebenswelt als Lebensform. Demokratie ist vor diesem Hintergrund eine Norm (Moral), die für alle Menschen gilt und der Werte als Vorstellungen über die gelingende Lebensführung und den Zusammenhalt folgen sowie verhandelt werden können (Ethik), Demokratie selbst gilt aber universell. Interaktion bildet in der Form der Deliberation den Kern der so verstandenen Demokratie, die hierfür auf öffentliche Räume der Beratung und auch Gestaltung angewiesen ist (vgl. Richter 2022).*

5. *Kinder- und Jugendbeteiligung wird nicht anhand bestimmter Techniken oder isolierbarer pädagogischer Verfahren gefördert, sondern ist Ergebnis basaler pädagogischer Annahmen. Das Problem bestünde andernfalls in der Isolierung des Anliegens innerhalb der Schule, des Jugendhauses oder Vereins (als Partizipationsprojekte, wie wir oben gesehen haben), statt Demokratiebildung als durchgehendes Prinzip zu verstehen und umzusetzen. Fünftes Ziel:*

Das *Bewusstsein hierfür fördern, Erfahrungen vergegenwärtigen, Erprobungen unterstützen und Gelegenheiten der Weiterbildung* geben – Einzelnen, Teams und Netzwerken – um eine kontinuierliche Beschäftigung zu fördern, eben mit *Demokratieabsicherung durch pädagogisch angeleitete Erfahrungen dessen mit neuer Konsequenz und als sozialen Bildungsprozess.*

6. Daher der letzte Gedanke: *Demokratie braucht Gelegenheiten und Orte der alltäglichen Verankerung sowie wirksamen Gestaltung.* Wenn die Welt, wie in der Einführung angedeutet, anders, komplexer, unkalkulierbarer geworden ist, dann sind Erfahrungen der Selbstwirksamkeit umso wichtiger. Und mit der Digitalisierung geht die Anforderung einher, jungen Menschen zu ermöglichen, sich Urteile differenziert und begründet zu bilden, die dann Grundlage ihres Handelns werden. Problematisch wäre es, Demokratie der Ortlosigkeit zu überlassen, weil ja „alles nur noch fluide ist“. Im Gegenteil braucht es soziale Begegnungen, Erfahrungen des Austauschs und des Zusammenlebens. Die deliberative Demokratie ist nicht nur politische Theorie, sondern Abbild menschlicher Bedürfnisse alltäglicher Praxis. Der Nahraum der Jugendlichen, ihre alltägliche Lebenswelt, ihre Orte und Räume, sollten daher viel mehr auch als durch sie Gestaltbare gesehen werden. Da reichen einmalige Projekte, Aktionen oder Mitmachwettbewerbe nicht aus, gefragt ist eine konsequente Kinder- und Jugendorientierung in den Institutionen vor Ort. Sechstes Ziel: Die Kommune als Wiege der Demokratie sehen und als ihr vielfältiges Trainingsfeld (aber eben nicht befristeter Trainingskurs). In Schulen, Vereinen, Jugendhäusern, Kultur und Sport sollten *grundsätzliche Strukturen der Beteiligung umgesetzt werden: Zunächst Jugendliche mit ihren Themen und Interessen wahrnehmen, es spiegeln und ihnen mitteilen, zum Thema der Jugendlichen machen. Dann sollte es Räume der gemeinsamen Beratung und Aushandlung nach vereinbarten Regeln geben, Beschlüsse gefasst werden und Jugendliche mit ihren jeweiligen Themen auch öffentlich sichtbar werden lassen:* mit einem Info-Stand in der Schule, der eigenständigen Durchführung einer Projektwoche, einem Angebot im Jugendhaus oder eine Initiative des Sportvereins, der sich mit seiner Jugend im Stadtteil engagiert. Eine neue Reichweite der Beteiligung als Handeln in demokratischen Strukturen und eine kinder- und jugendorientierte Konsequenz aller Beteiligten darin – das könnte man dann als „neue Reichweite“ der Demokratiebildung bezeichnen (vgl. Maykus 2018).

Und zum Schluss: Risiko- und Unsicherheitslagen sind vorrangig ein sozialpolitisches Thema, d.h. es müssen in der Gesellschaft Lebensbedingungen entstehen, die z.B. Armutsrisiken oder Gefährdungen und Unsicherheit für junge Menschen und ihre Familien mindern. Schulen oder die Jugendarbeit können sicher Benachteiligung abfedern und Bildungschancen eröffnen, sie können Benachteiligung aber nicht ursächlich verhindern. Hier wird auch die bildungs- und sozialpolitische Bedeutung von sozialräumlichen Bildungslandschaften als Baustein einer – so möchte ich den Appell der Autor*innengruppe des Bildungsberichtes Deutschland 2022 erweitern – „*neuen Gemeinwohltkultur der Bildungszusammenarbeit*“ deutlich: Wenn wir vor Ort beginnen, Bildungsbedingungen junger Menschen zu begreifen, die Kommune als Resonanzraum zu bewerten und als Ausgangspunkt für den Aufbau von Netzwerken zu machen, dann können wir Fachkräfte, Bürger und Politik auch in einen Austausch über Bildung der Zukunft bringen. Hier muss in der Kommune ein Bild entworfen werden, das dann das Handeln leitet: Ganztagschulen qualifizieren, Kinder- und Jugendhilfe das Schulleben bereichern lassen, Kindern und Jugendlichen partizipative Lern- und Erfahrungsräume in den Stadtteilen bieten – das sind prägende Vorstellungen, die ich heute erörtert habe. „Aufwachsen und Bildung in unserer Stadt als unser gemeinsames Anliegen“ oder eben eine „Soziale Bildung des Rückhalts – um die lebensweltliche Einbindung, Ermutigung und Ermächtigung junger Menschen zu fördern“ drückt dieses Ziel wohl am besten aus.

Literatur

- Maykus, S. (2018): Praxis kommunaler Sozialpädagogik. Das Gemeinwesen der Stadt als Handlungszusammenhang: Leitstandards und Arbeitshilfen. Weinheim und Basel
- Maykus, S. (2021): Sozialpädagogik als Kooperation. Schule, Bildung, Netzwerke, Partizipation - Ein Weg zur pädagogischen Kommunalentwicklung. Weinheim und Basel
- Maykus, S. (2023): Kommunale Bildung in der Demokratie. Persönlichkeits- und Gesellschaftsbildung in gemeinsamer Verantwortung. In: Jugendhilfe 2023 (H. 1), S. 1-8
- Richter, H. (2023): Sozialpädagogik in Geschichte und Gegenwart. Demokratiebildung aus historischer und systematischer Perspektive. Baden-Baden 2022